

Sitzung der 71. Europaministerkonferenz

am 2. Juni 2016

TOP 9: Stärkung der Mitwirkungsmöglichkeiten der nationalen Parlamente am EU-Gesetzgebungsprozess

Berichterstatter: Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein

Beschluss

1. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz stellen fest, dass auf EU-Ebene und auf Ebene der nationalen Parlamente seit einiger Zeit zunehmend Überlegungen angestellt werden, die Mitwirkungsmöglichkeiten der nationalen Parlamente an der europäischen Gesetzgebung auf der Basis der bestehenden Verträge weiter zu stärken. Dabei spielen sowohl die mögliche Einführung einer „roten Karte“ als auch die Idee der „grünen Karte“, die im Rahmen der Zusammenarbeit der nationalen Parlamente in der COSAC diskutiert wird, eine zentrale Rolle. Bislang haben sich weder Bundestag noch Bundesrat zu diesen Fragen positioniert. Hinsichtlich der „grünen Karte“ ist der BR-Ausschuss für Fragen der Europäischen Union am 04.12.2015 übereingekommen, *„die Europaministerkonferenz zu bitten, das Thema im Rahmen ihrer Diskussion über die Weiterentwicklung der EU zu erörtern“* (Niederschrift der 665. Sitzung vom 04.12.2015). Vor diesem Hintergrund halten es die Mitglieder der Europaministerkonferenz für angezeigt, dass die Länder mit Blick auf die Rolle des Bundesrates als

nationales Parlament eine Einschätzung vornehmen und dabei auch die möglichen Auswirkungen auf das legislative Gefüge in den Blick nehmen, die sich aus einer Stärkung der Mitwirkungsmöglichkeiten der nationalen Parlamente ergeben.

2. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz beauftragen daher die von der Ständigen Arbeitsgruppe der EMK bestimmte Arbeitsgruppe bestehend aus den Ländern Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein, unter Einbeziehung der Bundesratsverwaltung, zur nächsten EMK einen Beschlussvorschlag vorzubereiten.